

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

76. Sitzung
9. September 2021

Beginn: 15.01 Uhr
Schluss: 17.48 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Für die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie sind Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) und Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) anwesend.
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Website des Abgeordnetenhauses übertragen wird (Bild und Ton). Sie stellt diesbezüglich das Einvernehmen des Ausschusses fest. Weiterhin besteht Einvernehmen hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen durch die anwesenden Medienvertreterinnen und -vertreter.
- Die Sitzung wird von 17.05-17.15 Uhr für eine Lüftungspause unterbrochen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Im Vorfeld der Sitzung wurden folgende schriftliche Fragen eingereicht:

- „Welche Möglichkeit sieht der Senat, die Weihnachtsferien bereits am 23.12.2021 beginnen zu lassen, um Familien mit Schulkindern die Fahrt zu Großeltern oder in den Urlaub oder den Beschäftigten die Vorbereitung auf die Feiertage zu ermöglichen?“
(Fraktion Die Linke)
- „In einer Kindertagesstätte im Spandauer Ortsteil Staaken soll ein 32 Jahre alter Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma in mehreren Fällen Kinder sexuell missbraucht haben. Die AWO erfuhr von den Ermittlungen erst Ende August, als das LKA den Verband infor-

mierte. Der AWO-Kreisvorstand erklärte, wäre man früher informiert worden, hätte der Zeitarbeiter schneller von den Kindern abgezogen werden können. Wie ist es strukturell überhaupt möglich, dass ein Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma in kürzester Zeit unbemerkt mehrere sexuelle Übergriffe auf Kitakinder verüben kann?“

(AfD-Fraktion)

Mündlich werden folgende Fragen gestellt:

- „Der Landesverband sozialpädagogischer Fachkräfte Berlin e.V. hat heute eine E-Mail mit dem Betreff ‚Kita-Fachverbände warnen: Zu wenig Personal in den Kitas!‘ verschickt. Hintergrund ist ein kurz bevorstehender Beschluss des Bundesrates am 10.09.2021, bei dem ein Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung in den Grundschulen ab 2026 geregelt wird. Aus diesem Grund frage ich den Senat, was er unternehmen wird, um sicherzustellen, dass es nicht doch zu den Engpässen in Berlin kommen wird?“
(Fraktion der CDU)
- „Warum hat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie kurz vor Ende der Legislatur eine Änderung des Schulgesetzes auf den Weg gebracht, ohne die Beteiligungsgremien in die Beratung einzubeziehen?“
(Fraktion der FDP)

Nachdem Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) die Fragen beantwortet hat, schließt der Ausschuss Punkt 1 a) der Tagesordnung ab.

b) Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) berichtet (siehe Inhaltsprotokoll).

Der Ausschuss schließt Punkt 1 b) der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam), Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) nehmen einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, diesen Punkt abzuschließen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/0703

Farbe bekennen zum Neutralitätsgesetz

[0109](#)
BildJugFam
InnSichO(f)
Kult
Recht*

Dem Ausschuss liegt eine Stellungnahme des ebenfalls mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz, Antidiskriminierung vom 10. März 2021 vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP, den Antrag auch mit geändertem Berichtsdatum „30 April 2021“ abzulehnen.

Herr Abg. Stettner (CDU) begründet den Antrag und beantragt, das Berichtsdatum „15. Januar 2018“ zu aktualisieren und durch das Datum des „30. September 2021“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/0703 – wird mehrheitlich mit zwei Stimmen der Fraktion der SPD, zwei Stimmen der Fraktion Die Linke und den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP bei Enthaltung von drei Abgeordneten der Fraktion der SPD und zwei Abgeordneten der Fraktion Die Linke auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

a) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1024

Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!

[0157](#)
BildJugFam

Hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1024-1
Schluss mit der Gewalt gegen Lehrer!
- [0157-1](#)
BildJugFam
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/1659
**Respekt und Disziplin statt Gewalt und Mobbing,
Teil II: Disziplin durch Schulvereinbarungen –
Lernerfolg beginnt mit Respekt!**
- [0232](#)
BildJugFam
- c) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/2500
**Systematisch und professionell gegen Mobbing an
Berliner Schulen: Fragebogenerhebung nach dem
„Olweus Mobbing-Präventions-Programm“**
- [0333](#)
BildJugFam
- d) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 18/2501
**Systematisch und professionell gegen Mobbing an
Berliner Schulen: schuleigene Konzepte gegen
Mobbing entwickeln und umsetzen!**
- [0334](#)
BildJugFam
Haupt

Herr Abg. Weiß (AfD) begründet die Anträge zu den Punkt 4 a), 4 b), 4 c) und 4 d) der Tagesordnung und beantragt, das jeweilige Berichtsdatum zu aktualisieren und durch das Datum des „30. September 2021“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen. Außerdem beantragt er, zu den Punkten 4 a), 4 b) und 4 c) jeweils die Dringlichkeit der Beschlussempfehlungen zu beschließen.

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Änderungsantrag.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu Punkt 4 a):

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP – Drucksache 18/1024-1 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen eine Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Antrag – Drucksache 18/1024 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 4 b):

Der Antrag – Drucksache 18/1659 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 4 c):

Der Antrag – Drucksache 18/2500 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Zu Punkt 4 d):

Der Antrag – Drucksache 18/2501 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Situation des Übergangs Schule – Beruf,
insbesondere für junge Menschen mit
Migrationsgeschichte**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0450](#)
BildJugFam

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0372](#)
Berufsorientierung in Berlin: aktueller Stand der
Umsetzung des Landeskonzeptes,
Herausforderungen und Perspektiven für den
erfolgreichen Übergang von der Schule in den Beruf
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen) BildJugFam
- c) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0468](#)
Drucksache 18/3966 BildJugFam
Arbeit der Jugendberufsagentur Berlin 2020
Drucksache 18/2400 (B.68)
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die
Linke)
- d) Antrag der Fraktion der FDP [0467](#)
Drucksache 18/4054 BildJugFam(f)
Zukunftschancen eröffnen – eine MINT-Strategie
für Berlin WissForsch*

Zu Punkt 5 d) liegt dem Ausschuss eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 30. August 2021 vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

Frau Abg. Remlinger (GRÜNE) begründet die Besprechungspunkte zu den Punkten 5 a), 5 b) und 5 c) für die antragstellenden Fraktionen.

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Antrag zu Punkt 5 d).

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Senatorin Scheeres (BildJugFam), Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) und Herr Duveneck (SenBildJugFam) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Zu den Punkten 5 a), 5 b) und 5 c):

Die Besprechungen werden abgeschlossen.

Zu Punkt 5 d):

Der Antrag – Drucksache 18/4054 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2067
**Schulgesundheitsfachkräfte in Berliner Schulen
einsetzen**

[0260](#)
BildJugFam(f)
GesPflGleich*

Dem Ausschuss liegt eine Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung vom 6. September 2021 vor. Dieser empfiehlt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU, den Antrag abzulehnen.

Frau Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) begründet den Antrag und beantragt, das Berichtsdatum „31. Dezember 2019“ zu aktualisieren und durch das Datum des „30. September 2021“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen. Außerdem beantragt sie die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung zu beschließen.

Frau Senatorin Scheeres (BildJugFam) nimmt hierzu einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Antrag – Drucksache 18/2067 – wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP auch mit geändertem Berichtsdatum „30. September 2021“ abgelehnt.

Die Dringlichkeit der Beschlussempfehlung wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und AfD gegen eine Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Dies war die letzte Sitzung des Ausschusses in dieser Legislaturperiode. Die Vorsitzende dankt dem Ausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Emine Demirbüken-Wegner

Joschka Langenbrinck